

## PROTOKOLL

der Arbeitstagung und Gründungsversammlung der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessens in Neuweilnau am 15/16.6.74.

Zum Versammlungsleiter wurde Hans-Joachim Kräske gewählt. Inbezug auf den Abstimmungsmodus der Gründungsversammlung der LAG zu einem e.V. wurde a) einstimmig festgelegt, daß alle Entscheidungen mit absoluter Mehrheit getroffen werden müßten und b) mehrheitlich beschlossen, daß jedem Projekt eine Stimme zukomme bei den Abstimmungen.

Teilnehmende Projekte waren:

Bewohnerrat Wiesbaden Hausener-Str/Holz-Str. (D.Malkmus); Sozialkritische Aktion e.V.Darmstadt (I.Karb); Initiativgruppe Mühlbruchstraße Ffm.(H.-J.Kräske); Initiativgruppe Sauerstraße Ffm.(Herr+Frau Ullrich, Her +Frau Hauser); Arbeitskreis Soziale Brennpunkte Marburg e.V.)(H.Hubert,H.Sydow); Projektgruppe Lohwaldsiedlung Offenbach (Fr.Herrmann); Sozialpolitischer Arbeitskreis Eschwege e.V. (H.Wiechers); Sozialzentrum Wachsacker Wiesbaden (D.Zimmer); Projektgruppe Herbsteinerstr.Fulda (K.-H.Schöniger, E.Beos, J.Winterstein, E.Hettler); Projektgruppe Mattenberg Kassel ( D.Garnatz, B.Washausen); Initiativgruppe Bad Orb e.V.( U.Freund,S.Weiß) außerdem M.Homann (gekündigter Mitarbeiter des Nachbarschaftsheims Bockenheim Ffm.e.V.) und Reinhard Lorenz vom Landesjugendamt, zugleich AG Sozialer Brennpunkt Hausener Str.Wiesbaden. Die Initiativgruppe Bad Orb e.V. war nur bis Samstag um 16.30 Uhr vertreten.

Zum Protokollführer wurden H.Sydow und M.Homann (bis Sonntag Mittag) bestimmt.

Die Versammlung legte die Tagesordnung wie folgt fest:

1. Beratung und Beschlußfassung aufgrund des vorgelegten Satzungsentwurfs mit dem Ziel, die Landesarbeitsgemeinschaft in einen e.V. überzuleiten.
2. Wahl eines Vorstandes
3. Anträge
4. Information über den Konflikt im Nachbarschaftsheim Bockenheim Ffm e.V.

zu 1.) Der Punkt 1 des Satzungsentwurfs (SE) wurde einstimmig gebilligt

Der Punkt 2 wurde wie folgt geändert: Statt Siedlungen heißt es jetzt umfassender: Wohngebiete. Außerdem hielten es die An-

- wesenden für erforderlich, bei Punkt 2 b) in Klammern zu ergänzen: auch Sanierungsgebiete. (eine Enthaltung, 9 dafür)
- Zu Punkt 3: ~~Bei~~ Punkt 3c) keine MfV-Verständnisse aufkommen zulassen, wurde in Klammern hinzugefügt: keine direkte finanzielle Unterstützung. Bei 3d) hielt man für das Protokoll folgenden Zusatz für notwendig: „...und Unterstützung örtlicher Gruppen gegenüber Projektträgern, die auch im Projektfeld arbeiten. Hintergrund dieser Überlegung bildeten die Vorgänge in Friedberg und anderswo. (einstimmig inges)
- Zu Punkt 4: Die Punkte 4a) und 4d) des Satzungsentwurfs werden ins Protokoll genommen, da sie zu den zwangsläufigen und ersten Aufgaben des neugewählten Vorstands gehören. (inges. einstimmig)
- Zu Punkt 5: Zusatz fürs Protokoll: Der Vorstand soll sich erkundigen betreffs Honorare bei besonderen Aufgaben. (inges. einstimmig)
- Zu Punkt 6: Zusatz für die Satzung: Die LAG haftet nicht für die einzelnen Projektgruppen. (inges. 8 dafür, 1 dagegen, 1 Enthaltung)
- Zu Punkt 7: Zusatz in die Satzung: Passive Mitglieder haben kein Stimmrecht. Hintergrund: Die LAG soll ein Verein von aktiven Projekten sein und nicht von Einzelpersonen bestimmt werden, die je nach Lage situationsbedingte Mehrheiten zustande bringen können, obwohl sie die Kontinuität der Arbeit nicht gewährleisten. (inges. 9 dafür, 1 Enthaltung; persönl. Erklärung Hubert: Die Enthaltung käme nicht von ihm; Randbemerkung dazu: Es hatte vorher bei der Frage der Mitentscheidung der Betroffenen eine Diskussion über das "Flattern" der Sozialarbeiter vor den Betroffenen stattgefunden...)
- Zu Punkt 8: Zusatz in die Satzung: Um einen kontinuierlichen Informationsaustausch zu gewährleisten, verpflichten sich die einzelnen Projekte, regelmäßig einen Erfahrungsbericht vorzulegen. Kommentar dazu erübrigt sich. Im Sinne einer effektiven Koordination der Projekte durch die LAG unentbehrlich! Außerdem wurde beschlossen, daß jedes Mitglied einen Jahresbeitrag zu zahlen habe. Über die Höhe des Beitrages gingen die Meinungen sehr auseinander, sodaß eine Entscheidung darüber später erfolgen soll. (inges. 9 dafür, 2 dagegen, keine Ent.)

Zu Punkt 9: gestrichen würde: ...oder einer juristischen Person. Hintergrund: Projekteist der ausreichende Oberbegriff. (inges. einstimmig angenommen) ---Die Vertreter von Bad Orb fahren weg---  
Zu den Punkten 10-13: Zuerst wurde Punkt 12 und Punkt 13 zusammen behandelt. Dabei kam es zu einer ausgedehnten Diskussion über Sinn und Unsinn a) einer Trennung in engeren und erweiterten Vorstand und b) über Sinn und Unsinn der Regionalvertreter. Zugunsten der Lösung, nur einen einzigen engeren Vorstand zu bilden sprach, daß im anderen Falle das Auseinanderklaffen zwischen "Zentrale" und Regionen von Anfang an zementiert werde - ein gewisses Auseinanderklaffen wird immer da sein -und das deswegen die Vermittlung<sup>und der Vollzug</sup> der Zielsetzungen nur in enger Verbindung zu den Projekten/Regionen, d.h. in einem Vorstand zu bewerkstelligen sei. Zum Zweiten gab es sehr pessimistische Beurteilungen, was die Sache mit den Regionalvertretern angeht. Die Erfahrungen bis jetzt haben gezeigt, daß Initiativen des Sprecherteams kaum irgendwelchen Widerhall in den einzelnen Projekten fanden. Die Projekte sind d.artig mit sich selbst beschäftigt, daß ihnen meist die überregionale Perspektive etc. verloren geht bzw. unwichtig zu sein scheint. Es wurden Zweifel geäußert, ob jemals Regionalvertreter in den Vorstand gewählt werden würden. Die Versammlung beschloß deshalb auch (siehe Anträge), kommissarische Vertreter einzusetzen, die die Wahl der Regionalvertreter etc. durchziehen sollen.

Den entgeltigen Wortlaut von § 12 (§13 wurde ersatzlos gestrichen) entnehme man der beigegeführten neuen Satzung. (inges. einstimmig angenommen)

Bei Punkt 11 wurde der Abschnitt über die Auflösungsmodalitäten herausgenommen. Es wurde ein neuer Paragraph 13 gebildet - siehe neue Satzung. (inges. einstimmig angenommen.)

In § 11 wurde ein neuer Absatz vorangestellt, der betont, daß die MV die Grundlinien des Arbeitsprogramms zu bestimmen habe. Man hielt die vorgeschlagenen Formulierungen des SE in diesem Punkte für zu schwach. Der neue Absatz soll einen eindeutigen Verpflichtungscharakter haben, er soll verhindern, daß die MV zu einem relativ funktionslosen unverbindlichen Debattierklub wird. § 11 wurde inges mit 7 Stimmen bei 3 Enth. und keiner Gegenstimme angenommen.

Der Punkt 10 wurde geändert: Die Organe des Vereins sind jetzt: die MV und der Vorstand. (inges.einstimmig angenommen)

Punkt 14: Die Anwesenden hielten es für sinnvoller, bei Auflösung das Vermögen dem Verband für Sozial-Kulturelle Arbeit e.V. zukommen zu lassen, da er sich eher um GWA gekümmert und GWA gefördert habe. (inges.Einstimmig angenommen)

Die beiden neuen Paragraphen 15 und 16, die aus juristischen Gründen angefügt werden mußten, wurdeninges.einstimmig angenommen. Wortlaut siehe neue Satzung.

Die gesamte Satzung - die neue - wurde in einer Schlußabstimmung einstimmig angenommen.

Nachbemerkung: Kleinere Änderungen entnehme man der neuen Satzung (Anlage 2) nach einem Vergleich mit dem alten SE (Anlage 1) Es konnte nicht jedes i-Tüpfelchen ins Protokoll aufgenommen werden!!  
Zu Top 2)

Zum Wahlleiter wurde einstimmig Reinhard Lobrenz gewählt. Zu Beisitzern Frau Ullrich und Fr.Hauser. Für das Amt des 1.Vors. wurden vorgeschlagen: H.Hubert(lehnte ab),M.Homann,H.-J.Kräske (lehnte ab),Herr Ullrich (lehnte ab). Mit 8 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen wurde Manfred Homann zum 1.Vorsitzenden gewählt. Für das Amt des 2. Vorsitzenden wurden H.-J.Kräske,I.Karb und Herr Ullrich vorgeschlagen. H.-J.Kräske und Frau Karb lehnten ab. Herr Ullrich wurde mit 9 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung zum 2. Vorsitzenden gewählt. Für das Amt des Kassenwarts wurden vorgeschlagen: H.-J.Kräske (lehnte ab) D.Zimmer und H.Sydow. Auf D.Zimmer fielen 3, auf H.Sydow 7 Stimmen. Damit war H.Sydow zum Kassenwart gewählt worden.

Zu Kassenprüfern wurden Herr Zimmer und Herr Wiechers mit 11 Ja Stimmen bei 2 Enthaltungen gewählt. Bei dieser Abstimmung waren 2 Vorstandsmitglieder zum ersten Male stimmberechtigt.

Zu Top 3)

Antrag 1: Die Land estagungen der LAG e.V. sollen abwechselnd in den verschiedenen Regionen Hessens stattfinden. (mehrheitliche Zustimmung)

Antrag 2: Die nächste Tagung soll im November auf dem Dörnberg stattfinden. Sie soll zum Thema haben: "Voraussetzungen für die Arbeitsfähigkeit von Projektgruppen". Am Ende der Tagung soll eine a.o.MV der LAG e.V. stattfinden. Der Vorstand wird beauftragt, dort eine Geschäftsordnung vorzulegen (Mehrheitl.Zust.)

Hintergrund: Siehe Beschlüsse über abzuhaltende Tagungen vom November letzten Jahres. Das Thema ist so aktuell wie noch nie (voo)

Antrag 3: Mit der Verschickung der Protokolle der Gründungsversammlung sollen Aufnahmeanträge, Mitgliederlisten, die Anschriften der Vorstandsmitglieder und die Kontonummer für die Beiträge zur IAG e.V. beigelegt werden. Die Protokolle der GV gehen nicht nur an die Gründungsmitglieder, sondern an alle bisherigen Projekte der IAG. (mehrheitliche Zustimmung)

Antrag 4: Projekte, die bisher nicht Mitglieder der IAG e.V. sind werden bis auf das Stimmrecht den Mitgliedern bis zu nächsten Jahreshauptversammlung gleichgestellt und können von den Vorstandsmitgliedern besucht werden. (einstimmig angenommen)

Hintergründe für 3+4: Die IAG e.V. wird nur dann wirkungsvoll arbeiten können, wenn noch sehr viel mehr Projekte als bei der GV anwesend ihr beitreten. Da der Termin der GV relativ kurzfristig per Einladung bekannt gegeben worden war, ist es notwendig eine Übergangslösung in der Form bis zur nächsten JHV zu schaffen, daß die bisherigen Projekte der IAG, die noch nicht Mitglied der IAG e.V. sind, informationsmäßig etc. den Mitgliedern gleichgestellt werden.

Antrag 5: Es werden kommissarische Beauftragte für die Einberufung der Regionalversammlungen benannt, die die Wahl der regionalen Vorstandmitglieder vollziehen. (einstimmig angenommen)

Antrag 6: Die Versammlung beruft folgende Personen als kommissarische Beauftragte: Herr Dieter Zimmer für die Region Wiesbaden (Limburg, Bad Schwalbach 2x Darmstadt, 5x Wiesbaden). Anschrift: 62 Wiesbaden Gunterstr. 17 Tel. p 76547; d 421621

Herr Hans-Joachim Kräske für die Region Frankfurt/Main (Bad Orb, Offenbach, Bad Homburg, Groß-Auheim, Hanau, 8x Ffm.) Anschrift: 6 Ffm. Theodor-Sturm-Str. 3 Tel. p 516347, d 2125401.

Herr Karl-Heinz Schöniger für die Region Gießen (2x Marburg, 3x Gießen, Bad Nauheim, Friedberg, Fulda, Dillenburg) Anschrift: Fulda-Niesig, Reichenbergstr. 1 Tel. p 522972.

Frau Doris Garnatz für die Region Kassel (5x Kassel, Eschwege) Anschrift: 35 Kassel, Kirchweg 28 Tel. p 26899. (einstimmig angenommen)

Antrag 7: Die Kommissarischen Beauftragten für die Regionalversammlungen werden zu den Vorstandssitzungen eingeladen. (einstimmig angenommen)

Hintergründe für 5-7: Ohne kommissarische Beauftragte würde 99% nichts passieren in bezug auf die konsequente Durchführung der Wahl der Regionalvertreter für den Vorstand. Deswegen faßte man die Gelegenheit, Leute zu beauftragen gleich beim Schopf! Die Zuladung zu den inzwischen stattfindenden Vorstandssitzungen soll den Informationsaustausch und den zügigen Vollzug des Antrages 5 gewährleisten.

Antrag 8: Der Vorstand wird beauftragt, mit dem Land Verhandlungen bezüglich Zuschüsse zu führen und so schnell wie möglich die Anstellung einer hauptamtlichen Kraft zum Aufbau und zur Übernahme einer Geschäftsstelle zu betreiben. Bewerber mit praktischen Erfahrungen in der GMA sollen bevorzugt werden. Der Vorstand ist weitest hin berechtigt, bis zur monatlichen Kauschalgenze von DM 200,- Honorarkräfte für Buchhaltungsfragen zu engagieren. (mehrheitliche Zustimmung)

Im Hintergrund: Noch unklar ist die Frage, ob und wenn, in welchem Umfang die IAG Eigenmittel aufbringen muß, wenn sie bezuschußt werden will und wer die Eigenmittel aufbringen soll. Der Etat für 74 soll schleunigst beantragt werden. Die Anstellung einer hauptamtlichen Kraft kommt, wenn überhaupt, wohl erst für 75 in Frage.

Antrag 9: Die Kassenübergabe muß bis spätestens 1.10.74 erfolgen einschließlich Inventarübergabe. Die Kassenprüger sollen bei der Übergabe beteiligt sein. (einstimmig angenommen).

Antrag 10: Der Vorstand wird beauftragt, mit einem Juristen Kontakt aufzunehmen, der im Bedarfsfall als Berater für die IAG e.V. zur Verfügung stehen soll.

Antrag 11: Die Beschlüsse der bisherigen IAG Soziale Brennpunkte Hessens, Sitz Ffm, sind bindend für die Arbeit der jetzigen IAG Soz.Br.Hessens e.V.

Zu Top 4): Leider wurde für Sonntag nachmittag kein Protokollamt festgelegt. Bei der Heftigkeit der Auseinandersetzungen und der außerordentlichen Schwierigkeit, inhaltliche Aspekte dieses Konfliktes in der gedrängten Zeit von 2 Stunden zu vermitteln, wäre dieses allerdings auch sehr schwer gewesen. Im Übrigen nahm die Versammlung davon Abstand, eine Resolution zu verabschieden. Es bleibt zu hoffen, daß über den Konflikt demnächst eine ausführliche Dokumentation einmal zusammengestellt und veröffentlicht wird.

- 7 -

Die angesprochenen Konflikte sind nämlich so grundsätzlicher Natur, daß sie für jedes Projekt bzw. für jede Projektarbeit von zentraler Bedeutung sind. Die Tagung im November auf dem Dörnberg wird Gelegenheit bieten, die angesprochenen Fragen noch einmal zu erörtern.

Von der einen Konflikt-Partei waren anwesend : Manfred Homann, Thomas Eppenstein, Edith Keller (alles ha.Mitarbeiter des Nachbatschaftsheims Bockenheims e.V.). Von der anderen Seite: Martin Freese (ehrenamtl.Mitarbeiter des Nachbatschaftsheims) Christoph Rüsck (ha.Mitarbeiter der Victor-Gollancz-Stiftung) und Ulla Passage (Stipendiatin der Victor-G.Stiftung).

Gez. Heinrich Sydow  
gez. Manfred Homann (Sonntag  
vorm.)